

Antrag

**des Bundesrates Günther Novak
und GenossInnen
gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR**

**auf Einspruch gegen den Beschluss des Nationalrates vom 22. März 2018 betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw.
Nichtraucherschutzgesetz - TNRSG geändert wird
(107/A und 33 d.B. sowie 9934/BR d.B.)**

Die unterzeichneten Bundesräte stellen im Sinn der zitierten Gesetzesbestimmungen den Antrag, gegen den Beschluss des Nationalrates vom 22. März 2018 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. Nichtrauchererschutzgesetz - TNRSG geändert wird (107/A und 33 d.B. sowie 9934/BR d.B.),

einen Einspruch zu erheben

Der gegenständliche Antrag wird gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR wie folgt begründet:

Im Bundesrat sind gem. Art. 34 Abs. 1 B-VG die Länder im Verhältnis zur Bürgerzahl im Land vertreten. Der Bundesrat nimmt die Interessen der Länder im Bereich der Bundesgesetzgebung wahr.

Der gegenständliche Gesetzesbeschluss des Nationalrates ist wohl einer der umstrittensten der letzten Jahrzehnte. Er hat wie kein anderer Gesetzesbeschluss die Bürgerinnen und Bürger bewegt und betroffen gemacht. Folge war unter anderem der Start eines Volksbegehrens gegen dieses Gesetzesvorhaben der Schwarz/Blauen-Bundesregierung, welches historisch gesehen die meisten Unterschriften in der Einleitungsphase aufweist. 591.146 Bürgerinnen und Bürger haben das Begehren unterstützt und stemmen sich mit ihrer Stimme gegen diesen Gesetzesbeschluss des Nationalrates.

Das Ansehen Österreichs in Europa wird massiv und dauerhaft beschädigt, was in Anbetracht der österreichischen EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 als politisches Harakiri zu bezeichnen ist.

Zu den Interessen der Länder:

Eine Reihe von Top-Politikern aus den Bundesländern, darunter mehrere Landeshauptleute, meldeten sich zu Wort und drückten ihr Entsetzen gegenüber diesem Vorhaben der Bundesregierung aus.

Eine Zusammenstellung dieser Wortmeldungen:

- NÖ LH Johanna **Mikl-Leitner** spricht sich **für Rauchverbot** aus und fordert FPÖ zum Umdenken auf: „Dass das absolute Rauchverbot nicht kommt, war eben die Koalitionsbedingung der FPÖ.“ Mikl-Leitner ersucht die FPÖ nun ausdrücklich, ihren Kurs zu überdenken: „Die **FPÖ wäre aufgrund des Zulaufs beim Volksbegehren gut beraten, die Situation neu zu bewerten.**“¹
- LH Thomas **Stelzer (ÖÖ)** hat „**keine Freude**“ mit dem **gekippten Rauchverbot**. „Aber ohne diesen Punkt in die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, wäre die Regierung, wie wir sie jetzt haben, gescheitert“, sagt er. Dennoch freut er sich über die rege Teilnahme am Volksbegehren. Das Volksbegehren befindet sich weiterhin in der Unterstützungsphase, die nötigen Unterschriften zur Einleitung des Volksbegehrens sind bereits erreicht. Grundsätzlich sieht **Stelzer** nach „dem **starken Bürgervotum**“ den **Ball** aber eher **bei der FPÖ**, da das Kippen des Verbots ihr Anliegen sei.²
- Salzburgs LH Wilfried **Haslauer** ist zuversichtlich, dass das **Rauchverbot „ohnedies früher oder später“ kommt**. Eine Volksbefragung oder Volksabstimmung sei derzeit kein Thema. „Jetzt läuft einmal das Volksbegehren. Das Ergebnis ist abzuwarten.“³
- Salzburgs **Gesundheitslandesrat Fritz Stöckl** ist **gegen das Durchpeitschen des Gesetzes ohne Begutachtung**, denn das würde der Demokratie nicht guttun. Seiner Meinung nach hätten sowohl Kanzler Kurz als auch Vizekanzler Strache das Thema „**unterschätzt**“.
Stöckl hat sich schon bisher als **Befürworter des generellen Rauchverbotes** engagiert und hat in Salzburg zu Jahresbeginn die **Initiative "Salzburg freiwillig rauchfrei"** gestartet, bei der sich Betriebe als freiwillige Nichtraucherlokale deklarieren können. Bis zur Vorwoche haben sich bereits mehr als 100 Gaststätten daran beteiligt.⁴
- Tirols Landeshauptmann Günther **Platter** spricht sich **für ein generelles Rauchverbot** aus: „**Ja, ich bin für ein striktes Rauchverbot.**“ Und: „Es soll darüber eine **Volksabstimmung** geben - **ja, sicher!**“ Das Rauchergesetz sei im Übrigen „kein Wunsch von Sebastian Kurz gewesen, sondern ein Koalitionsthema der FPÖ“, und die FPÖ müsse jetzt „die Verantwortung übernehmen“, so Platter.⁵ Platter wünscht sich „**restriktiven Nichtraucherschutz**“. „Von daher hätte ich erwartet, dass die bereits beschlossenen Verschärfungen umgesetzt werden“. ⁶

¹ Kurier, 25.2.2018

² vgl. Österreich, 26.2.2018, bzw. APA 371, 23.2.2018

³ APA 420, 23.2.2018

⁴ vgl. APA 143, 27.2.2018

⁵ OTS 016, 24.2.2018 (oe24.tv)

⁶ APA 478, 23.2.2018

- › Beate **Palfrader** als für den Jugendschutz zuständige **Tiroler Landesrätin** begrüßt zwar den erhöhten Nichtraucherschutz für Jugendliche, die **Nicht-Einführung** des totalen **Rauchverbotes** in der Gastronomie sei aber **nicht schlüssig und nicht konsequent**.⁷
- › **Vorarlbergs LH Markus Wallner hofft, dass bei der FPÖ „Vernunft einkehrt“**. Er trete grundsätzlich klar für den Nichtraucherschutz ein. Auch Gesundheitslandesrat Christian Bernhard (ÖVP) sah ein „gesundheitspolitisch völlig falsches Signal“.⁸
- › **Hermann Schützenhöfer, Steiermarks VP-LH**, bekennt sich ebenfalls zum Rauchverbot: „Ich mache da aus meinem Herzen keine Mördergrube, schließlich **habe ich mich vor Jahren als einer der Ersten in der ÖVP für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie eingesetzt**." Die Koalitionsverträge und Kompromisse gelte es aber zu respektieren. Er persönlich hoffe auf ein Umdenken innerhalb der FPÖ. Zum Thema Volksbefragung oder -abstimmung meinte er: "Politiker wurden gewählt, um zu entscheiden."⁹
- › Der steirische Gesundheitslandesrat Christopher **Drexler** befindet, die **Einigung sei „für alle keine gute Entscheidung“**. „Die Entwicklung beim Rauchverbot bedauere ich außerordentlich", meinte Drexler. Es sei „schade, dass der unrühmliche Weg, der in Österreich in Zusammenhang mit dem Nichtraucherschutz begangen wird, um ein weiteres Kapitel ergänzt wird“, betont Drexler. „Man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes, und man tut letztlich den Rauchern nichts Gutes“, glaubt der Landesrat.¹⁰
- › Ex-Vizekanzler Reinhold **Mitterlehner** und ehemaliger LH Erwin **Pröll unterschreiben** das Don't smoke **Volksbegehren**.
- › **Erwin Pröll**: „Das **Aufheben des Rauchverbots** ist zweifelsohne ein **Rückschritt und nicht sinnvoll**", so Pröll. Er sei "**überzeugter Nichtraucher**", die **Pläne der ÖVP-FPÖ-Koalition** finde er aus **gesundheitspolitischer Sicht falsch**. Er habe deshalb diese Woche gemeinsam mit seiner Frau unterschrieben. Pröll warnt die Regierung zugleich davor, das laufende Volksbegehren einfach wegzuwischen. "Jede Regierung muss äußerst vorsichtig sein bei so einem Thema, dass man nicht die Glaubwürdigkeit verspielt, gerade nachdem man sich ja der direkten Demokratie verschrieben hat."¹¹
- › Reinhold **Mitterlehner**: „Ja, ich werde unterschreiben. Es ist für mich stimmig und **sachlich notwendig, hier konsequent zu bleiben**", sagte Mitterlehner zum KURIER.¹²

⁷ APA326, 12.12.2017

⁸ vgl. APA 478, 23.2.2018

⁹ APA 478, 23.2.2018

¹⁰ APA 326, 12.12.2017

¹¹ APA 113, 24.2.2018

¹² Kurier, 24.2.2018

- › Die ÖVP-Bezirksvorsteherin von Wien-Josefstadt, Veronika Mickel kritisiert die Politik in dieser Angelegenheit als unverlässlich, denn Wirte würden nun wieder mit einer neuen Regelung konfrontiert. Sie verspricht: „Wir bleiben rauchfrei“.¹³
- › Auch aus anderen Bundesländern kommt Kritik; eine Online-Petition für das Nicht-Rauchen hat bereits mehr als 400.000 Unterstützer.

Zu den gesundheitlichen Aspekten der Vorlage:

„Ich bin fassungslos. Verhinderung des Rauchverbots in Gastronomie wäre Wahnsinn - gegen jeden wissenschaftlichen Beweis“, so kommentierte der Wiener Lungenkrebspezialist Robert Pirker das Vorhaben der schwarz-blauen Bundesregierung das generelle Rauchverbot in der Gastronomie zurückzunehmen (APA0264 vom 11.12.2017).

Diesem Befund kann man sich nur anschließen. Das Kippen des generellen Rauchverbots in der Gastronomie ist ein enormer gesundheitspolitischer Rückschritt. 13.000 bis 14.000 ÖsterreicherInnen sterben jährlich an den Folgen des Tabakkonsums.

Die internationale Gesundheitspolitik der letzten Jahre bewegt sich klar in Richtung NichtraucherInnenschutz. Die Debatte dazu wird bereits seit Jahrzehnten geführt, zahlreiche Länder haben aufgrund der klaren wissenschaftlichen Fakten mittlerweile generelle Rauchverbote in der Gastronomie eingeführt, darunter die Mehrheit aller EU-Staaten. Diese haben in Folge zu einem signifikanten Rückgang der Tabak-assoziierten Erkrankungen in diesen Ländern geführt. Kaum wo ist der gesundheitliche Nutzen wissenschaftlich so gut dokumentiert wie beim NichtraucherInnenschutz.

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der RaucherInnen in Europa um 6 Prozent zurückgegangen. Auch weltweit sind die Raucherquoten gesunken, was zu besserer Gesundheit und zu einem geringeren Risiko für einen frühzeitigen Tod für Millionen Menschen geführt hat. Nur ein OECD-Mitgliedsland ist da ständig gegen den Strom geschwommen: Österreich.

In Österreich blieb der Anteil der täglichen RaucherInnen über Jahrzehnte erstaunlich konstant. Es waren 23,5 Prozent im Jahr 1979, 24,3 Prozent in den Jahren 1997 und 2014. Im selben Zeitraum ist z.B. die Rate der täglich Rauchenden in den USA von 33,5 Prozent auf 20,3 Prozent und dann auf 12,9 Prozent zurückgegangen, in Großbritannien von 39,5 Prozent auf 27,5 Prozent und schließlich auf 19 Prozent.

¹³ APA 349, 12.12.2017

Die Auswirkungen des Rauchverbotes bedeuten nicht nur, dass weniger Menschen rauchen, sondern es werden auch weniger Zigaretten pro RaucherIn geraucht. In Österreich sind diese Zahlen ebenfalls schlechter als im EU-Schnitt: 14 Zigaretten pro Tag raucht der/die durchschnittliche RaucherIn in der EU, in Österreich sind es 20 Zigaretten pro Tag.

In den letzten Jahren haben zahlreiche EU-Staaten generelle Rauchverbote eingeführt, was Studien zufolge auch zu einer Senkung der RaucherInnenzahlen geführt hat. In Irland zum Beispiel herrscht seit 2004 ein striktes Rauchverbot in der Gastronomie und auch dort gibt es einen deutlichen Rückgang an RaucherInnen von 28 Prozent auf 21 Prozent.

Österreich ist in Sachen NichtraucherInnenschutz seit Jahren trauriges Schlusslicht. In kaum einem anderen Land der EU rauchen so viele Menschen wie hier, während die RaucherInnenzahlen in anderen Staaten sinken, stagnieren sie in Österreich.

Das von der SPÖ und ÖVP jahrelang verhandelte und im Jahr 2015 beschlossene NichtraucherInnenschutzgesetz sollte genau diesen Entwicklungen Einhalt bieten. Dem gegenüber steht nun das Vorhaben der neuen schwarz-blauen Bundesregierung, das Gesetz noch vor Inkrafttreten am 1. Mai 2018 rückgängig zu machen.

Dabei sprechen sich zahlreiche Expertinnen und Experten klar für einen aktiven NichtraucherInnenschutz in der Gastronomie aus. So hat der Krebspezialist Christoph Zielinsky erst kürzlich festgehalten, dass am „längst beschlossenen Rauchverbot“ festgehalten werden muss und die Politik durch ein Kippen des Gesetzes „mehr Kranke und Tote in Kauf“ nimmt.

Eine rezente wissenschaftliche Untersuchung der Medizinuniversität Graz zeigt darüber hinaus, dass ein generelles Rauchverbot rund 1.500 Spitalsaufenthalte in Österreich pro Jahr bei Kindern bis 14 Jahren verhindern würde. "Wenn man weiß, wie viele Kinder aufgrund von Passivrauch schwer krank werden, dann muss man handeln. Rauchen in Lokalen schädigt unsere Kinder und Jugendlichen", so einer der Experten dieser Studie, Florian Stigler, Allgemeinmediziner und Gesundheitswissenschaftler der Public Health School der Medizinischen Universität Graz¹⁴.

Aus zahlreichen wissenschaftlichen Studien ist bekannt, dass der aktive wie passive Tabakkonsum negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen hat. Krebserkrankungen sind in Österreich die zweithäufigste Todesursache.

¹⁴ derstandard.at/2000074623348/Dont-Smoke-Gastro-Bann-wuerde-1500-Kinder-Spitalsaufenthalte-verhindern

Während die Sterblichkeit bei Krebs durchgehend rückläufig ist, ist bei der Sterblichkeit durch Lungenkrebs bei Frauen in den letzten zehn Jahren hingegen ein deutlicher Anstieg zu beobachten. Lungenkrebs hat im Jahr 2016 den Brustkrebs als Krebserkrankung mit dem höchsten Sterberisiko bei Frauen abgelöst¹⁵.

Der Lungenkarzinomspezialist an der Klinischen Abteilung für Onkologie von MedUni Wien und AKH Robert Pirker meinte dazu in einer Presseaussendung (APA0264 vom 11.12.2017): "85 Prozent der Lungenkrebserkrankungen in Österreich sind auf das Rauchen zurückzuführen und wären somit vermeidbar. Ich sehe jeden Tag Tragödien. Die Fünf-Jahres-Überlebensrate bei Lungenkarzinomen beträgt nur 15 Prozent. Die Erkrankung zerstört ganze Familien, weil die Kinder dann ohne Mutter oder Vater aufwachsen müssen. Jeder zweite Raucher stirbt vorzeitig".

Bernd Lamprecht, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie meinte in der Presseaussendung APA0171 vom 12.12.2017 zu den Plänen von Schwarz-Blau das Rauchverbot wieder zu kippen: "Daten aus Irland und Italien zeigen eindeutig, dass es durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie bei Aktiv- wie bei PassivraucherInnen zu einer raschen Reduktion von kardiovaskulären Ereignissen bis hin zum Herzinfarkt kommt. Rauchverbote würden zu einem Rückgang des Rauchens sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch im kritischen Jugendalter führen, weniger Menschen beginnen zu rauchen und mehr Menschen geben ihre Sucht auf. Dadurch entstehen weniger Lungenkrebs- und COPD-Neuerkrankungen sowie Herz-Kreislaufkrankungen. Insbesondere auf Kinder hat diese Maßnahme günstige Auswirkungen: So kommt es beispielsweise zu weniger Krankenhausaufnahmen wegen kindlichen Asthmas. Rauchverbote bewirken aber auch einen besseren Schutz des ungeborenen Kindes vor den negativen Auswirkungen des Aktiv- und Passivrauchens der Mutter. All dies hat man nun leichtfertig aufgegeben."

Zu all diesen Expertenstimmen kommen jetzt die Hilferufe aus der Bevölkerung. Zuerst durch die Unterzeichnung der von der österreichischen Krebshilfe gestarteten Petition „DON'T SMOKE, das Nichtraucherschutzgesetz muss bleiben“, bei der 470.000 Personen ihren Unmut kundgetan haben und für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie eintraten und nun durch die massive Unterstützung des von der Ärztekammer Wien und der österreichischen Krebshilfe initiierten Volksbegehrens „don't smoke“, welches schon in der Einleitungsphase von 591.146 Personen unterstützt wurde.

¹⁵ http://www.statistik.at/web_de/presse/113292.html

Das ist ein mehr als deutliches Votum der Österreicherinnen und Österreicher für das geplante Inkrafttreten des generellen Rauchverbotes in der Gastronomie mit 1. Mai 2018.

Doch was tut diese schwarz-blaue Regierung? Sie drückt sich vor der Verantwortung.

Nicht nur, dass sie nicht in der Lage ist eine Regierungsvorlage mit ihren Plänen in Begutachtung zu schicken, sondern einen Initiativantrag durch die Koalitionsparteien im Parlament einbringen lässt, zieht es die zuständige Gesundheitsministerin vor, auf konkrete Anfragen im Sozialausschuss zu diesem Vorhaben nicht zu antworten. Als ob die Gesundheit der Menschen sie gar nichts angehe. Anstatt Überzeugungsarbeit bei den ParteikollegInnen zu leisten, verschweigt sich die Ministerin. Dabei hat sie noch in einem Interview in der ZIB2 am 2. Jänner 2018 gesagt, dass sie als Gesundheitsministerin mit der Aufhebung des Rauchverbots „keine Freude“ hätte.

Nun kommt eine neuerliche Herausforderung vor allem auf die FPÖ zu: die Forderung nach einer Volksabstimmung.

Noch 2010 hat die Abgeordnete und Gesundheitssprecherin der FPÖ Dagmar Belakowitsch-Jenewein explizit eine Volksabstimmung gefordert:

Die freiheitliche Gesundheitssprecherin NAbg. Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein hielt heute fest, dass das "leidige Thema" Rauchverbot mittels einer Volksabstimmung abzuhandeln sei. „Wir Freiheitliche sind ohnehin eine Partei, die für Volksabstimmungen eintritt. Ich halte das auch für einen guten und einen richtigen Weg, weil dann vielleicht auch diese leidige Diskussion einmal zu Ende wäre - dieses ewige Hin und Her.“(OTS 174, 5.7.2010).

Allerdings gilt das heute anscheinend nicht mehr, denn Vizekanzler und Parteivorsitzender Strache meint: Keine Volksabstimmung vor 2021!

Die Gesundheit der Bevölkerung wird von dieser schwarz-blauen Bundesregierung nicht geschützt, auch nicht jene unserer Jugendlichen. Österreich hatte laut OECD-Daten bereits 1993 die höchste RaucherInnenrate unter den 15-Jährigen und hatte diese ebenso noch im Jahr 2013. In diesen 20 Jahren verringerte sich die Quote von 30 auf nur 27 Prozent. Auch hier belegen zahlreiche Studien, dass durch Rauchverbote bereits das Einstiegen in den Tabakkonsum bei Jugendlichen signifikant zurückgeht.

Dass PassivraucherInnen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, ist besonders für die Beschäftigten in der Gastronomie relevant. Eine rauchfreie Gastronomie ist essenziell für den Schutz der Gesundheit von tausenden Beschäftigten in Österreich und einer noch viel größeren Anzahl von KundInnen. PassivraucherInnen sind langfristig mit den gleichen Risiken konfrontiert, wie RaucherInnen selbst – sie haben die gleichen krebserregenden Substanzen im Körper. Von den 6 Millionen Menschen, die jährlich an den Folgen des Rauchens sterben, sind jährlich 600.000 PassivraucherInnen. Sie trifft das Ende des Rauchverbots in der Gastronomie ganz besonders.

Die ÖsterreicherInnen haben das gleiche Recht auf Schutz vor Passivrauch wie es die BürgerInnen anderer Staaten seit Jahren genießen. Man muss das generelle Rauchverbot in der Gastronomie endlich umsetzen.

Aus all diesen Gründen wird daher beantragt, gegen diesen Gesetzesbeschluss des Nationalrates einen Einspruch zu erheben.

Wassel *Renate Gindler*
Hilmar Aue *Br. Prinec*
Sp. H. H. L.